
Vorsitz: Österreich**988. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. **Datum:** Mittwoch, 13. Oktober 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 15.45 Uhr

2. **Vorsitz:** Botschafter F. Raunig
R. Lassmann

3. **Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:**

Punkt 1 der Tagesordnung: **SICHERHEITSDIALOG: MILITÄRKONTAKTE AUF GRUNDLAGE VON DOKTRINEN**

– *Vortrag von Brigadegeneral N. Gentile, Deputy Director for Partnering, Security Cooperation and Weapons of Mass Destruction, Europakommando der US-Streitkräfte*

– *Vortrag von Oberst i Gst M. Ghilardi, Chef Armeestabsteil Militärdoktrin, Schweizer Armee*

– *Vortrag von Oberst M. Bastin, Programm „Motorisierte Fähigkeiten“, Belgische Streitkräfte; abgestellt zum französischen Heeresgeneralstab*

Vorsitz, Brigadegeneral N. Gentile (FSC.DEL/367/21 OSCE+), Oberst i Gst M. Ghilardi (FSC.DEL/371/21 OSCE+), Oberst M. Bastin, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/364/21), Schweiz, Ukraine, Vereinigtes Königreich,

Türkei, Kanada, Belarus (FSC.DEL/369/21 OSCE+), Österreich (Anhang 1), Russische Föderation (FSC.DEL/370/21), Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine*: Ukraine, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/365/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/366/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Kanada, Russische Föderation
- (b) *Aktuelle Informationen zum Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle nach Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton*: Montenegro (auch im Namen von Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien) (Anhang 2), Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ersuchen um Hilfe bei der Verwaltung von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition in Kirgisistan*: Kirgisistan (Anhang 3), Vorsitz
- (b) *Unterrichtung über die vom 10. bis 16. September 2021 durchgeführte Militärübung „Sapad 2021“*: Russische Föderation (PC.DEL/372/21), Schweden, Kanada
- (c) *Gemeinsamer Vorschlag für einen Beschlussentwurf zum Wiener Dokument Plus (FSC.DEL/213/19/Rev.2)*: Schweden, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Montenegro
- (d) *Protokollarische Angelegenheiten*: Polen

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 20. Oktober 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

988. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 994, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Österreich unterstützt die EU-Stellungnahme im vollen Umfang und möchte ergänzend einen nationalen Beitrag zur heutigen Diskussion betreffend Militärkontakte auf Grundlage von Doktrinen innerhalb der OSZE hinzufügen.

Zunächst herzlichen Dank an die Panelisten für ihre interessanten Ausführungen zum Gegenstand. Die Notwendigkeit der Thematisierung wurde damit erneut bestätigt.

Aus österreichischer Sicht hat das diesjährige hochrangige Seminar zu Militärdoktrinen, insbesondere angesichts der bestehenden Spannungen und neuen Risiken für die Sicherheit in und für Europa, die Sinnhaftigkeit dieser vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahme gezeigt. Österreich ist – und bleibt – ein überzeugter Befürworter von VSBM im Allgemeinen und von intensivierten militärischen Kontakten im Besonderen.

Der österreichische Vorschlag zur Einberufung von sogenannten „intersessionalen“ Treffen zwischen den alle fünf Jahren stattfindenden hochrangigen Militärdoktrinen-Seminaren im Jahr 2016 war den grundlegenden Sicherheitsveränderungen in Europa, vor allem der Krise in der und um die Ukraine, geschuldet. Einerseits nehmen die militärischen Bedrohungen und Risiken stetig zu, andererseits fehlen institutionalisierte multilaterale Plattformen als Rahmen für einen regelmäßigen Dialog zwischen hochrangigen Militärs weitgehend.

Vor diesem Hintergrund hat Österreich 2017 und 2019 außerhalb bestehender Formate zu „intersessionalen“ Dialogen über Militärdoktrinen eingeladen. Der inhaltliche Fokus auf Militärdoktrinen bot eine ideale Grundlage für Diskussionen über ein breites Spektrum von sicherheitsrelevanten Themen. Bei diesen beiden Treffen wurde u.a. festgehalten, dass zwischenstaatliche Spannungen enorm gestiegen sind, mögliche konventionelle militärische Auseinandersetzungen einen hohen Stellenwert in bestehenden Bedrohungsperzeptionen haben, der Anstieg militärischer Aktivitäten Anlass zu großer Besorgnis gibt und der anhaltend konfrontative Ansatz ein weitreichendes Eskalationspotenzial in sich birgt. Dazu wurde gefolgert, dass die Streitkräfte auf diese Veränderungen reagiert und ihre nationalen und kollektiven Verteidigungsmaßnahmen zur Abwehr von wahrgenommenen Bedrohungen angepasst haben.

Diese Ergebnisse der intersessionalen Dialoge skizzieren eine Sicherheitslage im OSZE-Raum, die durch schnelle Veränderungen, Unsicherheiten, Komplexität, Spannungen und sogar offene Konflikte gekennzeichnet ist, und es ist davon auszugehen, dass sich die diesbezüglichen Trends höchstwahrscheinlich auch in Zukunft fortsetzen werden.

Österreich schätzt die Ergebnisse der intersessionalen Treffen als sehr wertvoll ein und sieht darin einen besonderen Mehrwert. Es war ermutigend zu sehen, dass trotz angespannter zwischenstaatlicher Beziehungen der konstruktive Austausch unter den militärischen Teilnehmern möglich ist. Aus österreichischer Sicht wurde das Ziel, einen Beitrag zu einem besseren Verständnis unter Militärs in Bezug auf unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen, operative Trends, gemeinsame Sicherheitsherausforderungen und mögliche Ansätze zu deren Bewältigung zu leisten, erreicht. Wesentlich dabei war die Nutzung des Zeitraums zwischen den hochrangigen Militärdoktrinen-Seminaren, die Diskussion jedenfalls fortzusetzen und den Dialog aufrechtzuerhalten.

Ich darf das Wort an sie zurückgeben, Herr Vorsitzender, und ersuchen, die Erklärung dem Journal des Tages anzuhängen.

988. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 994, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS (AUCH IM NAMEN VON
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, KROATIEN UND SERBIEN)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,
sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre und ein Privileg, diese gemeinsame Erklärung im Namen der Parteien des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle – Bosnien und Herzegowina, die Republik Kroatien, Montenegro und die Republik Serbien – abzugeben.

Zunächst möchte ich dem österreichischen Vorsitz dafür danken, dass er diesen Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat. Wir danken auch den Teilnehmerstaaten, die ihr Interesse zum Ausdruck gebracht haben, den Folgeaktivitäten betreffend die Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Wie Sie wahrscheinlich alle wissen, ist das Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle ein Teil des viel umfangreicheren Friedensvertrags von Dayton, des Übereinkommens, das zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität nach einem langen und zerstörerischen Krieg auf dem Balkan beitrug. Mit der Unterzeichnung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle, des Artikels IV, im Jahr 1996, verpflichteten sich die Parteien zur transparenten, rechtzeitigen und konsequenten Umsetzung dieses Rechtsdokuments. Besonders wichtig ist, dass die Parteien nach der Erfüllung aller Verpflichtungen aus dem Übereinkommen, die Reduzierung von Waffen freiwillig fortsetzten. Und dieses freiwillige Engagement beschreibt am besten den Geist, in dem der Verständigungsprozess im Laufe der Jahre umgesetzt wurde – in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens, der Zuversicht und der Zusammenarbeit.

Ein herausragendes Ereignis war also in diesem Jahr die Begehung des 25. Jahrestags der erfolgreichen Umsetzung von Artikel IV, ein wichtiges Ereignis, in dem das uneingeschränkte Bekenntnis und konsequente Engagement der Unterzeichner für die Ziele und Aufgaben des Übereinkommens seinen Ausdruck fand. Es bot den politischen und militärischen Vertreterinnen und Vertretern der Parteien sowie internationalen Organisationen Gelegenheit, die Erfahrungen und Ergebnisse der gegenseitigen

Zusammenarbeit im Rahmen des ein Vierteljahrhundert währenden Prozesses der Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle zu bewerten und zu würdigen.

Zwischen zwei Berichten an das Forum für Sicherheitskooperation der OSZE hielten die Parteien trotz der weltweiten COVID-19-Pandemie die enge und sehr regelmäßige Zusammenarbeit und Kommunikation aufrecht. Es wurden zwei reguläre Sitzungen ständiger Arbeitsgruppen, zwei Treffen der subregionalen Beratungskommissionen und eine Reihe von außerordentlichen Treffen abgehalten. Des Weiteren wurde im Dezember 2020 die 12. Überprüfungskonferenz abgehalten. Auf allen Treffen unterstrichen die Parteien und stimmten darin überein:

- Das Übereinkommen entsprach den besonderen Bedingungen und Bedürfnissen der Zeit, in der es geschlossen wurde, und leistete während seiner Umsetzung einen bedeutenden Beitrag zur Herstellung eines militärischen Gleichgewichts und zur Verbesserung der Sicherheit und Stabilität in diesem Teil Europas. Es ist diesbezüglich nach wie vor ein sehr wirksames und nachhaltiges Instrument zur Verbesserung der Transparenz und zur Erhaltung eines dauerhaften und stabilen Friedens in der Region.
- Die Parteien bestätigten, dass es Kapazitäten für die weitere qualitativ hochwertige Umsetzung und den verantwortungsvollen Umgang in Bezug auf alle Segmente der Umsetzung des Übereinkommens gibt, seit sie für diese selbst die Verantwortung übernommen haben. Es ist dem politischen Willen und der großen fachlichen Kompetenz der für die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen verantwortlichen Institutionen der Parteien zu verdanken, dass einzigartige und äußerst wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse für die Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Modells für den Wiederaufbau nach dem Konflikt gewonnen werden konnten.
- Es hat sich gezeigt, dass die Anzahl der durch das Übereinkommen begrenzten Waffen auf Dauer beibehalten wurde und deutlich unter den vereinbarten Obergrenzen liegt. Darüber hinaus reduzieren die Parteien weiterhin auf freiwilliger Basis die Anzahl des Personals. Es wurde auch bestätigt, dass die Ergebnisse, die durch die Anwendung der regionalen Kooperationsmechanismen im Bereich der Rüstungskontrolle und der militärisch-zivilen Zusammenarbeit erzielt wurden, wesentlich zu den derzeitigen Fortschritten der Parteien auf ihrem Weg zur europäischen und euroatlantischen Integration beigetragen haben.

Die Parteien sind zu der Einschätzung gelangt, dass die erfolgreiche Umsetzung des Übereinkommens das Ergebnis ihrer Bereitschaft ist, auch unter den veränderten Umständen eine nachhaltige Lösung zu finden. Die Parteien waren sich daher einig, dass die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Verzögerung bei der Durchführung von Inspektionstätigkeiten außergewöhnlich und vorübergehend ist und die weitere Umsetzung des Übereinkommens oder die Erfüllung anderer sich daraus ergebender Verpflichtungen in keiner Weise beeinträchtigt.

Obwohl für 2020 14 Inspektionsbesuche geplant waren, beschlossen die Parteien aufgrund der COVID-19-Pandemie und der ungünstigen epidemiologischen Lage vor Ort einvernehmlich, alle Inspektionstätigkeiten vorläufig auszusetzen, um die Gesundheit der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu schützen. Aufgrund der etwas besseren epidemischen Lage wurde das Inspektionsregime im September 2021 jedoch wiederaufgenommen und bis heute wurden drei Inspektionen durchgeführt.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, der OSZE-Gemeinschaft unseren Dank für die langjährige Unterstützung der Parteien bei ihren Bemühungen um die Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle auszusprechen, die in der Anwesenheit von 168 Gastbeobachterinnen und Gastbeobachtern aus 29 verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten bei den Inspektionstätigkeiten zum Ausdruck kam. Neben der großen Unterstützung, die die Länder der Kontaktgruppe dem ganzen Prozess zukommen ließen, möchten wir uns auch für den bemerkenswerten Beitrag des OSZE-Sekretariats und des Konfliktverhütungszentrums bedanken, der fortlaufend bestätigt, dass die Unterstützung der OSZE sichergestellt ist. Darüber hinaus möchten wir die wichtige Rolle des Regionalen Verifikations- und Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrollabkommen bekräftigen, das durch die Veranstaltung zahlreicher Workshops zum praktischen Teil der Aufgaben das Übereinkommen aufgewertet hat.

Herr Vorsitzender,

ich möchte erneut darauf hinweisen, dass das OSZE-Konzept der umfassenden Sicherheit aktueller denn je ist. Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sind wichtig, um ein Klima zu schaffen, das dem Friedensaufbau und der Konfliktverhütung förderlich ist. Wir hoffen, dass bestimmte Mechanismen und Prinzipien des Artikels IV von größerem Nutzen für die OSZE-Gemeinschaft sein werden und Eingang in die Rüstungskontrollpolitik finden können. Die Parteien werden weiterhin durch konstruktive bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zu Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region, Europa und der Welt beitragen. Die Expertise und das Konzept von Artikel IV stehen zur Verfügung, um in anderen Teilen der Welt, in denen immer noch Konflikte und Spannungen herrschen, in Betracht gezogen und angewendet zu werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

988. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 994, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KIRGISISTANS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Im Einklang mit den Bestimmungen der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) (FSC.DOC/1/00/Rev.1 und FSC.DOC/1/03/Rev.1), möchte die Kirgisische Republik den FSK-Vorsitz und das OSZE-Sekretariat um Hilfe und Unterstützung in den folgenden Bereichen ersuchen:

- Verstärkung der Kapazitäten des Verteidigungsministeriums der Kirgisischen Republik bei der Sicherstellung der physischen Sicherheit und der Verwaltung von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition
- Entsorgung überschüssiger konventioneller Munition
- Stärkung der Kapazitäten des Grenzschutzdienstes der Kirgisischen Republik bei der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA

Dieses Ersuchen der Kirgisischen Republik ist durch folgende Umstände begründet.

Derzeit verfügen die Truppenformationen und Truppenteile der Streitkräfte der Kirgisischen Republik über Lagereinrichtungen für SALW und SCA, die aufgrund ihres technischen Zustands die sichere Lagerung von Waffen nicht gewährleisten können.

Raketen- und Artilleriesysteme sowie technische Sprengstoffe und Ausrüstung, die in baufälligen Einrichtungen (mancherorts in Metallbehältern) gelagert werden, haben die Neigung, sich unter bestimmten Einwirkungen zu zersetzen, was in der Folge zur Entzündung oder zu Explosionen mit einer darauf folgenden Kontamination der Umwelt führen kann.

Um die physische Sicherheit der Lagerung von SALW und SCA zu erhöhen, sind der Bau neuer Lagereinrichtungen und die Instandsetzung und Verbesserung bestehender Infrastruktur für die Verwaltung von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition erforderlich.

Die Kirgisische Republik hat angesichts der unberechenbaren Lage in Afghanistan auch Risiken einer unkontrollierten Verbreitung von SALW und SCA über die Grenzen hinweg identifiziert. Die illegale Zufuhr von SALW und konventioneller Munition, selbst in begrenzten Mengen, könnte in Verbindung mit anderen grenzüberschreitenden Bedrohungen die Sicherheit und Stabilität in der Kirgisischen Republik und der gesamten Region Zentralasien ernsthaft gefährden.

Gleichzeitig möchten wir Ihnen mitteilen, dass der von den zuständigen Behörden unseres Landes ausgefüllte Fragebogen dem Vorsitz und dem OSZE-Sekretariat demnächst auf offiziellem Weg zugehen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.